

Datenschutzerklärung für die Online-Anträge

- **Übernahme der Kosten für Schulbetreuung**
- **Übernahme des Trägeranteils der Kindertageseinrichtung (private Elterninitiative)**
- **Zuschuss des Teilnahmebeitrages für die Jugenderholung (Einzelfallförderung)**

Die Stadt Mönchengladbach ist für die Bearbeitung Ihres Antrags zuständig (zuständige Stelle) und ermöglicht Ihnen hiermit die nutzerfreundliche Stellung von Online-Anträgen.

Wenn Sie zur Antragsstellung das Nutzerkonto Bund (Bund ID) nutzen, beachten Sie bitte die dortigen Datenschutzhinweise: [Datenschutz | BundID](#).

Wenn Sie zur Antragsstellung das Servicekonto.NRW nutzen, beachten Sie bitte die dortigen Datenschutzhinweise: [Datenschutzerklärung | Servicekonto.NRW](#)

Für die Nutzung des Antragsassistenten (Online-Formular) über Form-Solutions finden Sie die Datenschutzerklärung hier: [Datenschutzerklärung / Form-Solutions](#)

Die elektronische Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Antragsdaten in den Komponenten des Behördenserviceportals erfolgt durch einen IT-Dienstleister.

In der Regel ist an einem Online-Antrag somit folgender Verantwortlicher beteiligt:

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
Rathausplatz 1
41061 Mönchengladbach

als Verantwortlicher für den Abruf Ihrer personenbezogenen Antragsdaten und für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Antragsbearbeitung sowie auch für die Festlegung der Art und des Umfangs der Antragsdaten.

Ihre Daten werden bei einer Online-Antragstellung in mehreren EDV-Systemen von dem IT-Dienstleister sowie der zuständigen Stelle verarbeitet. Diese sind nach Artikel 26 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gemeinsam für Ihre Daten verantwortlich.

Allen Verantwortlichen obliegen die Melde- und Benachrichtigungspflichten nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO jeweils für die Verarbeitungen personenbezogener Daten, für die sie datenschutzrechtlich verantwortlich sind.

Egal, was Sie zum Schutz Ihrer Daten wissen möchten, Sie können jeden Verantwortlichen fragen. Die eine Stelle stellt der anderen die notwendigen Informationen zur Verfügung.

Für im Rahmen der Online-Antragstellung entstandene Schäden können Sie jeden Verantwortlichen in Anspruch nehmen.

1. Informationen zum Verantwortlichen für die Verarbeitung

Die wichtigsten Informationen finden Sie hier: [Datenschutz - Moenchengladbach](#)

Ergänzende Informationen zur Datenverarbeitung stellen wir Ihnen gemäß der Informationspflicht aus §13 und §14 DSGVO nachfolgend zur Verfügung:

1.1 Zwecke der Datenverarbeitung

Mit diesem Online-Antrag werden personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 DSGVO und Artikel 9 Absatz 1 DSGVO zum Zwecke der Authentifizierung, Datenerhebung, (Zwischen-)Speicherung in Datenbanken, Weiterleitung an die zuständige Stelle und zur Bearbeitung des angestoßenen Verfahrens erhoben und an verschiedene öffentliche Stellen übermittelt.

1.2 Rechtsgrundlagen für Verarbeitung im OZG-Hub

Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 1 OZG, §§ 2 f. EGovG

1.3 Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

1.3.1 Stammdaten:

- Vorname(n) und Nachname, ggfs. Geburtsname
- Adresse
- E-Mail-Adresse
- Geburtsdatum und -ort
- ggfs. Doktorgrad
- Accountdaten und Login-Daten

1.3.2 Verfahrensdaten sind Inhaltsdaten von Anträgen und von eingereichten Dokumenten oder Nachweisen, insbesondere:

- Kommunikationsdaten
- Bankdaten
- Abrechnungsinformationen
- Nachrichteninhalte

Je nach Online-Dienst (vgl. Ziffer 2.7) kann es auch zu einer Verarbeitung bei besonderen Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 DSGVO kommen. Besondere personenbezogene Daten sind brisante Daten wie z. B. Gesundheitsdaten, biometrische oder genetische Daten, die im Vergleich zu üblichen personenbezogenen Daten eines noch größeren Schutzes bedürfen.

1.4 Wer kann personenbezogene Daten empfangen?

Die zuständige Stelle unter Ziffer 2.1.

Weitere:

- Verschiedene öffentliche Stellen, sofern dies für die Bearbeitung des Antrages erforderlich ist (siehe Ziffer 2.8).
- Verarbeiter*in des Auftrages gemäß Art. 4 Nr. 8 DSGVO sind im Rahmen des OZG Hub die Komm.One AIR als Rechenzentrumsbetreiberin und Anwendungsbetreiberin sowie deren Subunternehmer Civillent GmbH für die Bereitstellung der Datenverarbeitungs-Technik (Server, Netzzugänge, Sicherheitsinfrastruktur) und die SEITENBAU GmbH als Entwicklungsdienstleisterin der Anwendung

1.5 Absicht des Verantwortlichen, die personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln

Keine.

1.6 Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Auf dem OZT-Hub werden Ihre Daten nicht länger gespeichert, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Von Ihnen zwischengespeicherte Entwürfe von Online-Anträgen, die nicht abgeschickt wurden, werden nach 365 Tagen gelöscht, wenn sie in dieser Zeit nicht von Ihnen weiterbearbeitet wurden. Nach dem Absenden des Antrags werden die Daten nach 91 Tagen gelöscht.

1.7 Verpflichtung, Daten bereitzustellen und Folgend der Verweigerung

Es besteht keine Verpflichtung, Ihre Daten im OZG-Hub bereitzustellen. Die Nutzung des OZG-Hubs ist freiwillig. Wenn Sie kein Servicekonto anlegen, ist eine Online-Antragstellung ggfs. nicht möglich.

1.8 Quellen, aus der die personenbezogenen Daten stammen

Es werden nur die personenbezogenen Daten verarbeitet, die Sie uns zur Verfügung stellen. Weitere Quellen werden nicht genutzt.

1.9 Besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling?

Nein.

2. Informationen zur zuständigen Stelle und dem oder den Verantwortlichen

Die zuständige Stelle legt Art und Umfang der Antragsdaten fest, aus dem OZG-Hub werden die Antragsdaten an die zuständige Stelle übermittelt. Die zuständige Stelle verarbeitet die Antragsdaten dann in ihren technischen Systemen weiter.

2.1 Zuständige Stelle

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
Rathausplatz 1
41061 Mönchengladbach

2.2 Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen ggfs. seiner Vertretung:

Verantwortlicher gemäß Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist die:

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
Rathausplatz 1
41061 Mönchengladbach

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
Baden-Württemberg
Willy-Brandt-Straße 41
70173 Stuttgart

wird ausschließlich als Verarbeiter des Auftrages nach Art. 28 nach Art. 28 DSGVO tätig.

2.3 Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten

Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter 02161 25-5250,
datenschutz@moenchengladbach.de

2.4 Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte Person oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Die von der zuständigen Stelle verarbeiteten personenbezogenen Daten sind für die Beratung, die Bearbeitung Ihres Antrages auf die genannten Jugendhilfeleistungen, die Bewilligung und Auszahlung der beantragten Leistung erforderlich. Die zuständige Stelle informiert Sie ausdrücklich darüber, dass Sie die Jugendhilfeleistung nur dann erhalten können, wenn Ihre personenbezogenen Daten genutzt und weitergeleitet werden dürfen.

2.5 Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Art. 6 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch I (SGB I), §§ 67 folgende Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) und §§ 61 folgende Achtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII). Weitere Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Ihrer Daten können zum Beispiel sein: das Bundesdatenschutzgesetz und das Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen.

2.6 Widerruf der Einwilligung

Sofern Sie Ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung durch die zuständige Stelle erteilt haben, können Sie diese jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf Ihrer Einwilligung in die Datenverarbeitung wird die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

2.7 Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

„Personenbezogene Daten“ sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

Unter anderem verarbeitet die zuständige Stelle folgende personenbezogene Daten:

- persönliche Identifikationsangaben (z. B. Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum, -ort, Staatsangehörigkeit, Telefonnummer, steuerliche Identifikationsnummer IBAN, Sozialversicherungsdaten)
- Daten über Ihre finanzielle Situation (z. B. Gehaltsabrechnungen, Angaben zum Einkommen, etc.)
- soziodemografische Angaben (z. B. Familienstand und Familiensituation, Geschlecht)

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, bekannt als „sensible Daten“ (z. B. religiöse Zugehörigkeit oder Gesundheitsdaten) werden ausschließlich erhoben, wenn dies unbedingt notwendig ist.

2.8 Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb der zuständigen Stelle erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten benötigen. Die zuständige Stelle ist zur Wahrung des Sozialgeheimnisses über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet. Informationen über Sie darf sie nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder sie zur Erteilung einer Auskunft befugt oder verpflichtet ist. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger von Ihren personenbezogenen Daten öffentliche Stellen oder Unternehmen sein, z. B. Finanzbehörden, Landrats- und Bürgermeisterämter, Landesministerien (z. B. für Finanzen, für Soziales und Integration), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ihre Bank, Wirtschaftsprüfer, Bundeszentralamt für Steuern, Bundeskasse Landesoberkasse, Aufsichtsbehörden, Bundes- und Landesrechnungshof, Statistisches Bundesamt, Krankenversicherungsträger, Arbeitgeber, weitere Sozialversicherungsträger. Auch von der zuständigen Stelle eingesetzte Dienstleister können zur Erfüllung der beschriebenen Zwecke Daten erhalten, wenn diese das Sozialgeheimnis wahren und besondere Vertraulichkeitsanforderungen erfüllen.

2.9 Absicht des Verantwortlichen, die personenbezogenen Daten an Empfänger in einem Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln

Nein.

2.10 Dauer für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden

Die zuständige Stelle speichert Ihre Daten nicht länger, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Sind die Daten für die dargestellten Zwecke (Ziffer 2.4) nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, die -befristete- Aufbewahrung ist weiterhin notwendig. Grund hierfür kann vor allem die Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten sein. Diese können sich z. B. aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung, der Bundeshaushaltsordnung oder der Landeshaushaltsordnung ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung beziehungsweise Dokumentation betragen bis zu zehn Jahre.

2.11 Verpflichtung, Daten bereitzustellen und Folgen der Verweigerung

Es besteht keine Pflicht, den Antrag elektronisch zu stellen und Ihre Daten elektronisch bereitzustellen. Sie haben die Möglichkeit, die Verwaltungsleistung (formlos/schriftlich) bei der zuständigen Stelle zu beantragen.

2.12 Quellen, aus der die personenbezogenen Daten stammen und ggfs. ob es sich um öffentlich zugängliche Quellen handelt

Die zuständige Stelle erhält Ihre personenbezogenen Daten vom OZG-Hub (nicht öffentlich zugängliche Quelle). Darüber hinaus erhebt die zuständige Stelle Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie mit ihr als Antragsteller*in in Kontakt treten, z. B. Anträge oder sonstige Mitteilungen einreichen oder sich per E-Mail oder Telefon an sie wenden. Ergänzend verarbeitet sie -soweit im Jugendhilferecht erforderlich- personenbezogene Daten, die sie aus nicht öffentlich zugängliche Quellen von anderen öffentlichen Stellen (z. B. Bürgermeisterämtern, Landratsämtern) anderen Sozialleistungsträgern (z. B. Arbeitsamt, Krankenkassen, Jobcentern, etc.) oder von sonstigen Dritten zulässigerweise erhalten hat (z. B. zur Ausführung von Aufträgen zur Erfüllung von Verträgen, aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung oder auf gesetzlicher Grundlage).

2.13 Ihre Rechte

Einzelheiten zu Ihren Rechten im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer Daten ergeben sich aus den jeweiligen Regelungen der DSGVO (Artikel 15 bis 21), dem SGB VIII und dem SGB X.

Sie können von den Verantwortlichen verlangen,

- Ihnen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft zu geben (Art. 15 DSGVO),
- unrichtige Daten zu berichtigen (Art. 16 DSGVO)
- Ihre Daten zu löschen (Art. 17 DSGVO)
- die Verarbeitung Ihrer Daten einzuschränken (Art. 18 DSGVO)
- Ihnen die von Ihnen eingegebenen Daten in einem maschinenlesbaren Format bereit zu stellen (Art. 20 DSGVO)

Sie können der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten widersprechen (Art. 21 DSGVO).

Wenn Sie eines dieser Rechte ausüben möchten, finden Sie die genauen Voraussetzungen in den Artikeln der DSGVO.

Sollten Sie eines der oben genannten Rechte geltend machen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Den Datenschutzbeauftragten
Rathausplatz 1
41061 Mönchengladbach
Telefon 02161 25-2550
datenschutz@moenchengladbach.de

Unabhängig von diesen Möglichkeiten besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz. Die Beschwerde richten Sie bitte an:

Die Landesbeauftragte
für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW
Kavalleriestraße 2-4
40123 Düsseldorf
Telefon 0211 38424-0
Fax 0211 38424-999
poststelle@ldi.nrw.de

2.14 Besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling?

Nein.